

NLD fordert die Nationalversammlung des Militärs heraus

Seit 1962 regiert das burmesische Militär mit oder ohne die Fassade einer zivilen Regierung. Nun will die repressive Junta, die das Land seit 1988 regiert, politische Legitimität. Teils, um den Rest der Welt zu bewegen, das internationale Embargo der Entwicklungshilfe aufzuheben, und teils, weil sie den allgemeinen Bestrebungen nach Demokratie kein Ende setzen konnte.

Die Junta, bekannt als *Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung* (SLORC), erkennt, daß sie sich irgendwie mit den Oppositionsparteien einigen muß. Die *Nationale Liga für Demokratie* (NLD) hatte 1990 die Wahl gewonnen. Ein Wahlergebnis, das der SLORC in der Folge annulliert hat. Nun hat die Junta eine neue Verfassung vorgeschlagen, die Mehrparteienwahlen zuläßt, aber zugleich die führende Rolle des Militärs in jeder künftigen Regierung festschreibt. Am 1. Februar traten die Delegierten an Ranguns alter Pferderennbahn unter strengen Sicherheitsvorkehrungen wieder zusammen, nachdem die Nationalversammlung für drei Wochen ausgesetzt worden war.

Am 9. Januar hatte Generalmajor Myo Nyunt, einer der Führer der Junta und zugleich Ranguns Militärkommandeur, den Konvent mit einer Rede eröffnet, die kompromißlos den Kurs des SLORC verfolgte. Keiner der 700 handverlesenen Delegierten konnte nach seinen bevorzugen Ausführungen mißverstehen, worum es bei der Versammlung geht.

Er setzte auseinander, daß die Verfassung auf "sechs Prinzipien" begründet sein müsse: 1. nationale Einheit, 2. Mehrparteien-demokratie, 3. Gerechtigkeit, 4. Freiheit, 5. Gleichheit und 6. eine in der Verfassung sichergestellte Rolle des Militärs in jeder zukünftigen "nationalen politischen Führung".

Zur offensichtlichen Überraschung der Junta haben sich einige Delegierte nicht einschüchtern lassen. Nur 48 Stunden,

nachdem er die Versammlung angepöbeln hatte, gab Myo Nyunt abrupt bekannt, daß die Verhandlungen vertagt werden; den Delegierten sollte "genügend Zeit für ein angemessenes Studium" der ausgehändigten Unterlagen gegeben werden. Offizielle SLORC-Vertreter betonten anschließend, die Versammlung sei "reibunglos" verlaufen.

Ausländische Diplomaten in Rangun berichten, daß sich Delegierte der NLD und eventuell auch einige Vertreter der Shan mutig entschieden haben, den SLORC herauszufordern. Unmittelbar bevor die Versammlung eröffnet wurde, kursierte in Rangun heimlich eine Erklärung (s. Dokumentation), die ein NLD-Vertreter entworfen hatte. Die Erklärung drängte den SLORC, Forderungen nach einer formalen Rolle des Militärs zurückzuziehen oder den Vorschlag zumindest einem nationalen Referendum zu unterziehen.

Laut Quellen in Rangun hatten die Delegierten der NLD möglicherweise einen "schweigenden Protest" geplant, indem sie eine Diskussion dieses Punktes verweigern wollten. Als der SLORC erfuhr - durch Informanten und Abhörgeräte, die in die Schlafräume und Eßsäle der Delegierten eingeschleust waren -, daß sich eventuell eine Revolte zusammenbrauen könnte, entschieden die Generäle, den Konvent lieber auszusetzen als einen peinlichen *Showdown* zu riskieren.

Burmas Militärjunta gelang es am 1. Februar nicht, die förmliche Sitzung der unter strengen Sicherheitsvorkehrungen neu zusammengetretenen Nationalversammlung abzuhalten. Einige der 700 Delegierten machten persönlich ihre abweichende Haltung gegenüber der Militärregierung deutlich. Die Sitzung an diesem Montag dauerte gerade einmal eine halbe Stunde.

Der SLORC hat zusätzliche Truppen in

Rangun aufmarschieren lassen, um sicherzustellen, daß es zu keinen Protesten kommt. Zudem hatte er kürzlich einige Universitätsdozenten, die unter dem Verdacht standen, Demonstrationen vorzubereiten, in die Provinzen versetzt.

Ein Delegierter erzählte der Agentur Reuters am 1. Februar: "Die Delegierten und das Volk lehnen den Verfassungsentwurf des SLORC entschieden ab, insbesondere Klausel Nummer 6." Klausel Nr. 6 stellt fest, daß das Militär eine führende Rolle in Burmas Politik einnehmen muß.

Es hat sich herausgestellt, daß der SLORC Burmas demokratischen Geist zum zweiten Mal deutlich unterschätzt hat. 1990, zwei Jahre, nachdem die Generäle die Macht ergriffen hatten, indem sie brutal die massiven Demonstrationen für Demokratie unterdrückten, nahm der SLORC an, das burmesische Volk würde es nicht wagen, gegen die militäreigene *Partei für Nationale Einheit* (NUP) zu stimmen. Doch die NUP hat seinerzeit eine entscheidende Wahlniederlage hinnehmen müssen. Zehn Sitze konnte die Partei gewinnen im Gegensatz zur NLD, die unter Führung der späteren Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyis 392 Sitze errang.

Trotz der uneingeschränkten Macht des Militärs haben couragierte Burmesen immer wieder Wege gefunden, ihre Haltung gegenüber dem Regime offen deutlich zu machen. Und auch die NLD setzt vorsichtig ihren Einsatz für Demokratie fort. Ausländische Diplomaten glauben, daß der derzeitige Parteiführer Aung Shwe keineswegs kapituliert hat, sondern ein politischer Pragmatiker ist. "Aung Shwe weiß, daß die Partei verboten wird und ihre Mitglieder noch stärker unter Druck gesetzt werden, wenn er zu offen gegen den SLORC handelt", so ein westlicher Diplomat. Realistisch betrachtet, scheint die NLD alles zu unternehmen, was unter der allgegenwärtigen Bedrohung durch das Militär möglich ist.

Der SLORC muß spätestens jetzt begreifen, daß die Bestrebungen nach Demokratie in Burma sehr lebendig sind. Darauf einfach mit Unterdrückung zu reagieren, heißt, die nächste Explosion vorprogrammieren - und die wird die Armee nicht mehr verhindern können.

S'Aung Lwin

Der Verfasser ist Mitglied der ABSDF und Mitarbeiter des Burma Büros. Übersetzung aus dem Englischen von Silvia Feist.

Quellen:

BP, 3.2.93; WPD, Rangun, 9.1.93; Newsweek, 1.2.93; NLD-Papier zur Nationalversammlung, Rangun, Jan. 93.